

Antifa in Brandenburg in die Offensive! - Es gibt kein ruhiges Hinterland

Die Stärke der politischen Rechte in Deutschland und gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist nach wie vor bedrohlich bis tödlich. In den Parlamenten wird Hass und Rassismus gesät, auf der Straße erleben People of Color, LGBTIQ* und weitere Gruppen Diskriminierung sowie verbale und körperliche Gewalt. Politiker*innen von Neonazis bedroht, Autos zerstört oder sogar ganze Familie belästigt. Auch der Mord an Walter Lübcke hat nicht für einen notwendigen Weckruf gesorgt. Besonders bedroht sind Kommunalpolitiker*innen. Dabei sind genau sie im Kampf gegen Rechts so wichtig – sie stehen vor Ort mit ihrem Namen und ihrem Gesicht für Vielfalt ein und sind oft besonders auf dem Radar der radikalen Rechten.

Dagegen sind linke Freiräume bedroht und es entstehen nur selten neue. Wir sehen in antifaschistischen Gruppen ein notwendiges Mittel sich zu organisieren, und da wo der Staat versagt, selbst tätig zu werden. Die Ermittlungen verlaufen im Sand und der Terror geht weiter. Es ist ein Spiel mit einer rechtsoffenen Polizei welche rechtsextreme Netzwerke innehat, das nur verloren werden kann. Politische Akteur*innen, wie Kommunalpolitiker*innen, aber auch Landes- & Bundespolitiker*innen, welche sich für eine bunte und progressive Zukunft einsetzen, haben unsere volle Solidarität und Unterstützung.

Nazis gibt's in jedem Ort - werd' aktiv und treib sie fort!

Wir sehen in organisierten Antifaschistischen Gruppen ein Mittel zum Schutz vor Neonazis. Nicht nur durch Aufklärung, sondern speziell in Form von vielfältigen Aktionen stellen diese Gruppen einen wichtigen Gegenpol gegen die Feinde der Demokratie dar. Wir werden daher als Jugendorganisation in den folgenden Jahren diese antifaschistische Arbeit offensiv unterstützen und stärken - und auch verstärkt mit finanzieller und organisatorischer Kraft Brandenburg vor Neonazis verteidigen. Wir möchten uns vernetzen, Demonstrationen organisieren und einen großen Wert auf aktiven Widerstand legen.

Raus aus der Komfortzone!

Wir müssen unsere politische Arbeit verstärkt in ganz Brandenburg anpacken und vor allem die Ländlicheräume nicht weiterhin vernachlässigen. Die Neonazi-Gruppierungen müssen analysiert und aufgedeckt werden. Oft wissen Menschen vor Ort über die Strukturen Bescheid, können diese aber nicht aufdecken, da sie sonst mit Anschlägen von Neonazis rechnen müssen. Wir als Verband können diesen Menschen eine Möglichkeit zur Veröffentlichung bieten, auf die Strukturen in den vereinzelt Regionen aufmerksam machen und zu aktiven Widerstand aufrufen und diesen Hand in Hand mit Antifaschist*innen vor Ort mit organisieren.

Antifaschistische Gruppen sind besser als der Verfassungsschutz!

Das Innenministerium in Brandenburg und somit der Verfassungsschutz ist auf dem rechten Auge blind! Es darf nicht sein, dass faschistische Gruppen größtenteils unentdeckt bleiben, während Menschen, die sich dem erstarkenden Nationalismus und Rechtsruck entgegenstellen als Verfassungsfeinde geführt werden. Dass antifaschistische

Strukturen vom Verfassungsschutz kriminalisiert werden, zeigt nur erneut, dass diese Institution ihre Aufgaben nicht erfüllen kann. Was wir stattdessen brauchen ist eine Förderung von antifaschistischer Aufklärungs- und Rechercharbeit, denn den Schutz der demokratischen Freiheit haben wir Antifa-Gruppen zu verdanken, welche recherchieren und uns vor Feinden der Demokratie schützen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Engagement von Antifaschist*innen die Strukturen der Rechtsextremistischen-Szene besser aufgedeckt hat, als der Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft!

Den Schutz der demokratischen Freiheit haben wir auch Antifaschistischen Gruppen zu verdanken. Sie recherchieren und schützen uns vor Feind*innen der Demokratie. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Engagement von Antifaschist*innen die Strukturen der Rechtsextremistischen-Szene besser aufgedeckt hat, als der Verfassungsschutz.

Wir müssen mehr machen!

Der Landesvorstand wird damit beauftragt in allen zukünftigen Haushalten für speziell antifaschistische Arbeit Mittel zur Verfügung zu stellen. Zudem gibt sich der Landesvorstand die aktive Aufgabe Pressemitteilungen über Neonazi Strukturen zu veröffentlichen und eine Kampagne gegen diese Strukturen in Brandenburg mit den Ortsgruppen zu erarbeiten und zu starten. Dabei soll mit bestehenden Gruppierungen zusammengearbeitet und somit ein breites Bündnis gestartet werden. Die Landesmitgliederversammlung begrüßt es, wenn alle Ortsgruppen in ihren Gebieten Projekte organisieren und sich, soweit vorhanden, mit den lokalen Antifaschistischen Gruppen vernetzen.

Blockieren oder Warten? No pasarán!

Wenn Neonazis die Straßen erobern und demonstrieren, ist es höchste Zeit für aktiven Widerstand! Dabei reicht es nicht immer aus an normalen Kundgebungen teilzunehmen, wir müssen blockieren!

Ob jährlich in Magdeburg, Dresden oder in Berlin auf dem Rudolph Heß Marsch – wir müssen als antifaschistischer Verband uns nicht nur zum Antifaschismus bekennen, sondern auch aktiv Leben. Der Landesverband fördert Aktionstrainings und soll zukünftig Aufklärungsarbeit über Aktionsformen liefern und aktiv zu Blockaden aufrufen. Es gibt erfahrene Antifaschist*innen im Verband, welche im Verband Intern Aufklärungsarbeit leisten können, nachdem Motto „each one teach one“. Wir lassen Neonazis keinen Millimeter laufen. Blockaden können für erfahrene Aktivist*innen ein effizientes Mittel sein um Neonazis aktiv darin zu hindern, ihren Hass zu Verbreiten.

Linke Freiräume erhalten und schaffen - Für mehr Autonome Zentren!

Antifaschistischer Protest benötigt Freiräume! Dafür braucht Brandenburg mehr selbstverwaltete und unabhängige soziokulturelle Orte mit klarer Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und weiterer gruppenbezogener Diskriminierung.

Wir fordern alle Kommunalpolitiker*innen von BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN auf sich aktiv für den Erhalt und die Schaffung für Freiräume einzusetzen.

Interkiezionale Solidarität - Wohnprojekte erhalten in Berlin, Cottbus und sonst wo!

Mit der Räumung der Kiezneipe Syndikat in Berlin vor einigen Wochen und den bevorstehenden Räumungen der Wohnprojekte Liebig34 und Rigea94, sowie das bedrohte Wohnprojekt in der Karlstraße 29 (K29) in Cottbus müssen wir laut und standhaft dagegen stehen. Wir werden uns an Protest beteiligen und für den Erhalt dieser Projekte kämpfen! Die Häuser denen die drin wohnen, das Räumen der Polizei für Million schwere Investor*innen muss ein Ende haben, es muss auf die Kieze und Regionen geachtet werden. Viele dieser Wohnprojekte sind festverankert im Leben der Nachbarschaft und stellen ein nicht weg zudenkenden Wert dar. Das Investor*innen über die Zukunft eines Kiezes entscheiden ist nicht hinnehmbar, zur Not muss enteignet werden! Auch wenn "Deutsche Wohnen & Co. Enteignen" nur eine Berliner-Initiative ist, unterstützen wir diese trotzdem. Gerade weil zunehmend auch große Investoren wie die Deutsche Wohnen Gebäudebestand in Brandenburg aufkaufen.